

9/11 - die Folgen der Terroranschläge auf die USA

(Archiv-Dossier)



Foto: TheMachineStops. Lizenz: CC BY-SA 2.0

[Nach oben](#)

Was geschah am 11. September 2001?

Dieser Frage geht dieses Dossier zu 9/11 nach. (<https://www.lpb-bw.de/11september.html>)

Übersicht

[Aktuelle Medienberichte und Debatten \(/terrorusa#c35679\)](#)

[US-Präsident George W. Bush ruft zum globalen Krieg gegen den Terror auf. \(/terrorusa#c14212\)](#)

[Chronologie: Nach dem 11. September 2001 \(/terrorusa#c3050\)](#)

[Der Krieg in Afghanistan \(/terrorusa#c3056\)](#)

[Petersberger UN-Konferenz \(/terrorusa#c3060\)](#)

[Einsatz der Bundeswehr \(/terrorusa#c3062\)](#)

[LpB-Spezial: Krieg gegen den Irak \(/terrorusa#c3066\)](#)

[Anschläge \(/terrorusa#c3067\)](#)

[Hintergrund-Links \(/terrorusa#c3071\)](#)

[Osama bin Laden: \(/terrorusa#c3072\)](#)

[Unterricht-Links \(/terrorusa#c3074\)](#)

Aktuelle Medienberichte und Debatten

(2017) Welt: Tod eines Geistes (<https://www.welt.de/politik/deutschland/article167466782/Tod-eines-Geistes.html>)

(2017) Dlf: 9/11 Gedenkstätte steht wieder (http://www.deutschlandfunk.de/9-11-gedenkstaette-kugelkaryatide-n-y-steht-wieder-am.2849.de.html?drn:news_id=787269)

(2017): ARD: Suche nach 9/11-Opfern. Nach 16 Jahren identifiziert (<http://www.tagesschau.de/ausland/opfer-identifizierung-101.html>://)

(2016) Tagesspiegel: Welche Rolle spielte Saudi-Arabien für 9/11? (<http://www.tagesspiegel.de/politik/15-jahrestag-der-anschlaege-vom-11-september-welche-rolle-spielte-saudi-arabien-fuer-9-11/14527706.html>://)

US-Präsident George W. Bush ruft zum globalen Krieg gegen den Terror auf.



In den folgenden Wochen führten intensive diplomatischen Bemühungen der USA und Großbritanniens zur Bildung einer internationalen Anti-Terror-Koalition. Die NATO hat den Bündnisfall erklärt und der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen eine umfassende Resolution zur Bekämpfung des internationalen Terrorismus verabschiedet.

Knapp vier Wochen nach den Attentaten von New York und Washington starteten die USA und Großbritannien am 7. Oktober 2001 den angekündigten Militärschlag gegen das Taliban-Regime in Afghanistan. Auch der Krieg gegen den Irak (*Irak-Krieg*), der am 20.03.2003 begann, konnte das weltweit agierende Terrornetz Al Qaida nicht stoppen. Mit immer neuen Anschlägen - auch in Europa - meldeten sich die Terroristen immer wieder zurück.

Knapp drei Jahre nach dem Sturz der radikalislamischen Taliban fand am 9.10.2004 die erste freie Präsidentenwahl in der Geschichte Afghanistans statt. Der von den USA gestützte Übergangspräsident Hamid Karsai trat gegen 17 Herausforderer an, darunter eine Frau.

Chronologie: Nach dem 11. September 2001



(/11september)

LpB Spezial

11. September - Tag des Terrors (/11september)

Chronologie der Ereignisse und Links zum 11. September

12.09.2001

Abgabe einer Erklärung der Bundesregierung zu den Anschlägen in den Vereinigten Staaten von Amerika

Der gestrige 11. September 2001 wird als ein schwarzer Tag für uns alle in die Geschichte eingehen...

Bundesregierung: *Regierungserklärung von Bundeskanzler Schröder vor dem Deutschen Bundestag zum Terrorakt in den USA* (<http://dip21.bundestag.de/dip21/btp/14/14186.pdf>)

13.09.2001

Kollektiver Verteidigungsfall

Für die Nato ist der Terrorangriff gegen die USA eine Kriegserklärung. Das nordatlantische Bündnis hat förmlich festgestellt, durch den Terroranschlag sei der kollektive Verteidigungsfall eingetreten.

Spiegel-Online: *Erklärung des Nato-Generalsekretärs George Robertson* (<http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,156896,00.html>)

Bei einem kollektiven Verteidigungsfall tritt **Artikel 5 des Natovertrages** in Kraft, nach dem den Bündnispartnern beigestanden werden muss. Der Artikel 5 lautet:

"Die Parteien vereinbaren, dass ein bewaffneter Angriff gegen eine oder mehrere von ihnen in Europa oder Nordamerika als ein Angriff gegen sie alle angesehen werden wird; sie vereinbaren daher, dass im Falle eines solchen bewaffneten Angriffs jede von ihnen in Ausübung des in Artikel 51 der Satzung der Vereinten Nationen anerkannten Rechts der individuellen oder kollektiven Selbstverteidigung der Partei oder den Parteien, die angegriffen werden, Beistand leistet, indem jede von ihnen unverzüglich für sich und im Zusammenwirken mit den anderen Parteien die Maßnahmen, einschließlich der Anwendung von Waffengewalt, trifft, die sie für erforderlich erachtet, um die Sicherheit des nordatlantischen Gebiets wiederherzustellen und zu erhalten. Die Maßnahmen sind einzustellen, sobald der Sicherheitsrat diejenigen Schritte unternommen hat, die notwendig sind, um den internationalen Frieden und die internationale Sicherheit wiederherzustellen und zu erhalten."

NATO: *Der Nordatlantikvertrag (4. April 1949)*

(http://www.nato.diplo.de/Vertretung/nato/de/04/Rechtliche_Grundlagen/Nordatlantikvertrag.html)

Mit Ausnahme der PDS haben sich alle im Bundestag vertretenen Parteien hinter den Beschluss der NATO zur Bündnissolidarität gestellt.

Die Spur führt nach Hamburg

Mindestens 18 Terroristen waren nach Informationen der amerikanischen Justiz an der Entführung der vier Passagierflugzeuge beteiligt. Alle kamen getarnt als Passagiere mit Flugscheinen an Bord. Darunter sind Mohammed Atta, 33, Waleed Al-Schehi und Marwan Al-Schehi, zwei Brüder aus den Vereinigten Arabischen Emiraten. Alle drei waren dafür ausgebildet worden, schwere Verkehrsflugzeuge zu fliegen. Alle drei sind nach Angaben des Hamburger Innensenators Olaf Scholz in Hamburg gemeldet und hätten hier bis Mai gelebt. Über die

Nationalität Attas gehen die Informationen auseinander. Laut Hamburger Melderegister kommt auch Atta aus den Vereinigten Arabischen Emiraten. Nach Informationen des "Boston Globe" kommt Atta aus Saudi-Arabien.

Im vergangenen Jahr besuchten Atta und Marwan Al-Schehi eine Flugschule in Florida. Die Ermittler gehen davon aus, dass Atta und Waleed Al-Schehi im Flug 11 von Boston nach Los Angeles saßen. Als sie die Maschine in ihre Gewalt gebracht hatten, steuerten sie das Flugzeug in den Nordturm des World Trade Center in New York.

Spiegel-Online: *Ermittlungen in Deutschland - Zweiter Verdächtiger festgenommen*
(<http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,156883,00.html>)

 Nach oben

14.09.2001

FBI präsentiert umfangreiches Belastungsmaterial

Das FBI hat den deutschen Behörden nach den Anschlägen von Washington und New York erdrückendes Beweismaterial gegen drei mutmaßliche Attentäter aus Hamburg übergeben. Eine Liste enthält 18 Namen mit Verdächtigen.

Spiegel-Online: *FBI präsentiert umfangreiches Belastungsmaterial* (<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,157347,00.html>)

Spiegel-Online: *Die Liste der 19 Attentäter* (<http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,157453,00.html>)

"Keine Macht dem Terror - Solidarität mit den Vereinigten Staaten von Amerika" am 14. September 2001 vor dem Brandenburger Tor in Berlin

Bei der zentralen Kundgebung zum Gedenken an die Opfer der Terroranschläge in den USA haben rund 200 000 Berliner ihre Solidarität mit den Amerikanern bekundet. Bundespräsident Johannes Rau in seiner Rede auf der Kundgebung:

"Amerika steht nicht allein. (<http://usa.usembassy.de/gemeinsam/rau091401d.htm>)

Die ganze Welt steht in diesen Tagen an der Seite der großen amerikanischen Nation.

Das deutsche Volk steht an der Seite des amerikanischen.

Uns verbindet Freundschaft, uns verbinden gleiche Werte, uns verbindet die Liebe zur Freiheit."

15.09.2001

Innere Sicherheit

Die Terrorakte in den USA werden auch erhebliche Konsequenzen für die Rechtslage in Deutschland nach sich ziehen.

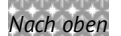
Bundesinnenminister Otto Schily kündigte an, schärfer gegen extremistische Islam-Organisationen vorzugehen.

Spiegel-Online: *Schily will extremistische Moslemgruppen verbieten* (<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,157551,00.html>)

17.09.2001

Die Taliban-Führung in Afghanistan ruft die Bevölkerung angesichts drohender Angriffe zur Standhaftigkeit auf. Die Durchhalteparolen scheinen für sie selbst nicht zu gelten: Viele Funktionäre haben Kabul verlassen. Zehntausende Afghanen sind auf der Flucht - stehen aber vor verschlossenen Grenzen.

Spiegel-Online: *Zehntausende wollen raus aus Afghanistan* (<http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,157591,00.html>)

 Nach oben

21.09.2001

Ansprache von US-Präsident George W. Bush vor dem Kongress

US-Präsident George W. Bush hat die Taliban in Afghanistan ultimativ aufgefordert, den mutmaßlichen Terroristen Bin Laden auszuliefern. In einer kämpferischen Rede vor dem Kongress beschwor er den Kampfgeist Amerikas. Die Abgeordneten dankten es ihm mit Beifall, Jubel und Standing Ovations.

Nach der Rede von US-Präsident George W. Bush haben islamische Geistliche in Afghanistan dem Ausland erneut einen "Heiligen Krieg" angedroht. Afghanistan sei bereit, einem US-Angriff die Stirn zu bieten, sagte der Taliban-Botschafter in Pakistan, Abdul Salam Saif. Die Taliban lehnten erneut die Auslieferung des mutmaßlichen Terrorrahtziehers Osama Bin Laden ab.

"Wir würden den Islam beleidigen, wenn wir Osama an Amerika übergeben oder aus Afghanistan ausweisen würden", sagte Saif. Bei den Freitagsgebeten in Moscheen in mehreren Städten Afghanistans schworen Prediger die Gläubigen auf den Kampf gegen die USA ein. «Wer unter welchem Vorwand auch immer in Afghanistan einfällt, wird auf Widerstand treffen», sagte Mohammad Junus Chalis, der in den 80er Jahren mit Hilfe des Westens gegen den sowjetischen Einmarsch in Afghanistan gekämpft hatte. Afghanische Gläubige demonstrierten gegen die USA."

Spiegel-Online: *Wer nicht für uns ist, ist gegen uns* (<http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,158495,00.html>)

Wer für Amerika spioniert, muss sterben (<http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,158519,00.html>)

23.09.2001

Gebet für Amerika

New York gedenkt der Terroropfer: Auf schwer bewachten Gottesdiensten haben Zehntausende New Yorker aller Religionen der Opfer der Terroranschläge gedacht. Sie versammelten sich im Yankee-Stadion und anderen Sportstätten. Unter großem Beifall versprach Bürgermeister Rudolph Giuliani den Wiederaufbau des zerstörten Areals rund um die Trümmer des World Trade Center. Führer der New Yorker Christen, Juden, Moslems, Hindus, Sikhs und Buddhisten forderten alle Gläubigen auf, sich gegen den Terrorismus zusammenzuschließen.

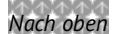
Spiegel-Online: *Zehntausende bei Trauerfeier in New York* (<http://www.spiegel.de/panorama/0,1518,159027,00.html>)

25.09.2001

Saudi-Arabien hat alle Beziehungen zu Afghanistan abgebrochen

Saudi-Arabien, Pakistan und die Vereinigten Arabischen Emirate (VAE) waren die einzigen Länder weltweit, die die Taliban anerkannten. Die VAE hatten am Wochenende ihre diplomatischen Beziehungen zu Afghanistan abgebrochen. Nur noch Pakistan unterhält jetzt noch diplomatische Beziehungen zu Afghanistan.

Spiegel-Online: *Beziehungen zu Afghanistan gekappt* (<http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,159186,00.html>)

 Nach oben

26.09.2001

Kein US-Großangriff im Kampf gegen den Terrorismus

Verteidigungsminister Rumsfeld verspricht wahrheitsgemäße Information der Medien

Die USA werden laut US-Verteidigungsminister Donald Rumsfeld keinen Großangriff starten, um den Kampf gegen Terrorismus zu gewinnen. Es werde keine Invasion der US-Streitkräfte wie beim Angriff der Alliierten auf Frankreich 1944, mit dem das Ende von Nazi-Deutschland im Zweiten Weltkrieg eingeläutet worden sei, geben, sagte Rumsfeld. Zudem wolle er die Presse über den Einsatz nicht belügen.

Spiegel-Online: *Kein Großangriff geplant* (<http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,159370,00.html>)

28.09.2001

FBI legt endgültige Liste der mutmaßlichen 19 Terroristen vor

Erstmals hat das US-Justizministerium öffentlich bekannt gegeben, "einer oder mehrere" der Entführer vom 11. September hätten Verbindungen zu Osama Bin Ladens Terror- Organisationen. Zusammen mit FBI-Chef Robert Mueller veröffentlichte Justizminister John Ashcroft zum ersten Mal die Fotos aller 19 Männer, die an den Selbstmord-Attacken beteiligt gewesen sein sollen.

Spiegel-Online: *FBI legt endgültige Liste der mutmaßlichen 19 Terroristen vor* (<http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,159852,00.html>)

29.09.2001

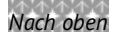
UNO verabschiedet Anti-Terror-Resolution

Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen in New York hat in der Nacht zum Samstag einstimmig die von den USA vorgeschlagene, umfassende Resolution zur Bekämpfung des internationalen Terrorismus verabschiedet. Sie zielt in erster Linie darauf, die Finanzströme als terroristisch eingestufte Organisationen zu kappen. Auch darf danach kein Land Terroristen oder ihren Unterstützern künftig mehr Unterschlupf gewähren.

"An einigen Tagen haben wir den Eindruck, dass wir Geschichte schreiben und heute hat der Sicherheitsrat wahrscheinlich Geschichte geschrieben", sagte der französische UNO-Botschafter und gegenwärtige Präsident des Sicherheitsrates, Jean-David Levitte, nach der einstimmig gefällten Entscheidung in New York. Die Resolution ist durch die Anwendung des Artikels Sieben der UNO-Charta für alle 189 Mitgliedsstaaten bindend.

UNO: *Security Council unanimously adopts wide-ranging Anti-Terrorism Resolution* (<http://www.un.org/News/Press/docs/2001/sc7158.doc.htm>)

Spiegel-Online: *Uno und USA gehen Hand in Hand* (<http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,160059,00.html>)

 Nach oben

01.10.2001

Rasterfahndung beginnt in Deutschland

In Deutschland kann von heute an die Rasterfahndung bei der Jagd auf Terroristen eingesetzt werden. Darauf hatten sich die Innenminister von Bund und Ländern geeinigt. Dabei werden Daten außerhalb der Polizei, zum Beispiel von Krankenkassen, Stromversorgern oder Universitäten, miteinander abgeglichen. Die Rasterfahndung darf nur bei erheblichen Straftaten angewendet und muss beantragt werden. Es zeichnet sich immer mehr ab, dass die Selbstmordanschläge in New York und Washington in Deutschland geplant wurden.

Spiegel-Online: *Mit Rasterfahndung gegen Terroristen* (<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,160162,00.html>)

Spiegel-Online: *Was bringt die Rasterfahndung?*

(<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,160482,00.html>)

02.10.2001

Nato hält Schuld Bin Ladens Schuld für bewiesen

Die NATO hat als Konsequenz aus den Anschlägen in den USA erstmals in ihrer Geschichte den Bündnisfall ausgerufen und kann damit US-Vergeltungsangriffe voll mittragen, wenn die USA dies wünschen. Die Allianz sei davon überzeugt, dass die Organisation El Kaida des Radikalislamisten Osama bin Laden hinter den Anschlägen stehe

Spiegel-Online: *Nato sieht Bin Ladens Schuld als erwiesen an* (<http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,160348,00.html>)

Nach oben

Der Krieg in Afghanistan

07.10.2001

Angriffe auf Afghanistan

Knapp vier Wochen nach den Attentaten von New York und Washington haben die USA und Großbritannien mit dem Militärschlag gegen das Taliban-Regime in Afghanistan begonnen. Mehrere Städte wurden attackiert.

US-Präsident George W. Bush sagte kurz nach Beginn der Militärschläge, er habe der Taliban-Führung vor Wochen mehrere Forderungen gestellt. Keine sei erfüllt worden. Nun müssten die Taliban die Konsequenzen tragen.

Wenige Minuten nach dem Angriff der USA gegen Ziele in Afghanistan hat der Fernsehsender "El Dschasira" des Golfemirats Katar ein Video mit einer Rede Osama Bin Laden gezeigt, in der Bin Laden zum Heiligen Krieg gegen die Juden und Christen aufruft.

Und auch das ist neu: Nach den Angriffen haben amerikanische Transportflugzeuge rund 35000 Lebensmittelrationen über Afghanistan abgeworfen.

Spiegel-Online: *Amerika schlägt zurück* (<http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,161241,00.html>)

08.10.2001

Zweite US-Angriffswelle in Afghanistan

Die USA haben am Montag eine zweite Angriffswelle auf mutmaßliche Stützpunkte der Taliban-Milizen und des als Terroristenführer gesuchten Osama bin Laden in Afghanistan geflogen. Ziele waren unter anderem Luftabwehrstellungen, Radaranlagen und Kommandozentralen der Taliban. Der UNO-Sicherheitsrat äußerte sich unterdessen besorgt über die Lage der Zivilbevölkerung in Afghanistan. Der UNO-Sicherheitsrat billigte am Montagabend in einer Sitzung die Angriffe gegen das Taliban-Regime.

In Indonesien, auf den Philippinen, in Pakistan und Gaza-Stadt haben die US-Vergeltungsschläge gegen Afghanistan Unruhen und anti-amerikanische Übergriffe ausgelöst.

Spiegel-Online: *Alliierte attackieren Hauptquartier der Taliban* (<http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,161450,00.html>)

Spiegel-Online: *Pakistan: Musharafs Kampf im eigenen Land* (<http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,161332,00.html>)

10.10.2001

Luftangriffe gehen weiter

Die USA haben ihre Luftangriffe in Afghanistan am Mittwoch auch nach Tagesanbruch fortgesetzt. Nach Angaben des Verteidigungsministeriums in Washington erlangten die US-Streitkräfte durch die seit Sonntagabend andauernden Angriffe in Afghanistan die Lufthoheit. Verteidigungsminister Donald Rumsfeld hatte erklärt, die Flugabwehr der Taliban sei so stark beschädigt, dass jetzt Luftangriffe «rund um die Uhr» möglich seien.

Die Terror-Organisation El Kaida drohte den USA unterdessen mit weiteren Anschlägen durch Flugzeugentführungen. Der «Heilige Krieg» gegen die USA werde fortgesetzt, sagte der Sprecher der Organisation aus dem Lager des mutmaßlichen Terroristenführers Osama bin Laden, Suleiman Abu Gheith, in einer Video-Erklärung. «Amerika muss wissen, dass die Erstürmung von Flugzeugen nicht aufhören wird und dass es Tausende junger Menschen gibt, die dem Tod entgegen sehen so wie die Amerikaner dem Leben entgegen sehen».

Die Taliban-Regierung in Afghanistan hat nach eigenen Angaben alle Beschränkungen gegen den moslemischen Extremisten Osama bin Laden aufgehoben. Bin Laden sei frei, einen Heiligen Krieg gegen die USA zu führen, sagte Taliban-Sprecher Abdelhadj Mutmain der BBC. Die weltgrößte moslemische Organisation, die Islamische Konferenz (OIC), hat die Terrorangriffe auf die Vereinigten Staaten vom 11. September verurteilt. Unschuldige Zivilisten dürften jedoch nicht dafür bestraft werden, sagte der Präsident der Konferenz und Emir von Katar, Scheich Hamad bin Chalifa el Thani, am Mittwoch in der Hauptstadt Doha.

Spiegel-Online: *Taliban sprechen von mehreren zivilen Opfern* (<http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,161622,00.html>)
Spiegel-Online: *El Kaida: Sturm der Flugzeuge wird weitergehen* (<http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,161612,00.html>)

Nach oben

11.10.2001

Regierungserklärung von Bundeskanzler Gerhard Schröder vor dem Bundestag

In seiner Regierungserklärung zur Lage nach den Militärschlägen in Afghanistan hat Bundeskanzler Gerhard Schröder die Solidarität Deutschlands mit den USA noch einmal bekräftigt. Eine Verfassungsänderung für einen Einsatz der Bundeswehr im Inland lehnte er ab.

Abgabe einer Regierungserklärung: Aktuelle Lage nach Beginn der Operation gegen den internationalen Terrorismus in Afghanistan.
(<http://dip21.bundestag.de/dip21/btp/14/14192.pdf>)

16.10.2001

Milzbrand in den USA

Für die amerikanische Regierung ist der Fall klar. Sie führt die jüngsten Milzbrandfälle auf einen terroristischen Akt zurück. Ein Zusammenhang mit Osama Bin Laden konnte jedoch nicht nachgewiesen werden. Mittlerweile sind schon drei Bundesstaaten betroffen. Immer neue Fälle verdächtiger Briefe halten auch in Deutschland Polizei, Feuerwehr und Gesundheitsbehörden weiter in Atem

Spiegel-Online: *Angst vor Infektionen lähmt die USA*
(<http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,162104,00.html>)

18.10.2001

Präsident George W. Bush: Bald Einsatz von Bodentruppen

US-Präsident Bush hat einen baldigen Einsatz von Bodentruppen in Afghanistan angekündigt. Nach der weitgehenden Zerstörung der Taliban-Luftabwehr trafen die USA Vorbereitungen, das Netz um den mutmaßlichen Terroristenführer bin Laden mit "verbündeten Truppen am Boden langsam aber sicher enger zu ziehen", sagte Bush vor Soldaten in Kalifornien. Nach dem Anschlag mit Milzbrandregnern ist das US-Abgeordnetenhaus in Washington geschlossen worden. Mindestens 34 Menschen kamen mit den Anthrax-Sporen in Berührung.

Spiegel-Online: *Bush kündigt Einsatz von Bodentruppen an* (<http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,162945,00.html>)

24.10.2001

Zwei Anthrax-Tote - Sporen in Poststelle des Weißen Hauses gefunden

Die Anthrax-Sporen breiten sich in den USA weiter aus und führen zu immer mehr Erkrankungen. Die Behörden in Washington bestätigten, dass zwei Postbeamte an Lungenmilzbrand starben. Über die Sortierstelle Brentwood, wo alle Infizierten arbeiteten, ging der Anthrax-Brief an Senator Tom Daschle. Erstmals wurden am Dienstag geringe Mengen Anthrax-Sporen in einer Poststelle des Weißen Hauses entdeckt. Das US-Verteidigungsministerium hat zugegeben, dass bei den Luftangriffen in Afghanistan mehrere Bomben in Wohngebiete in Kabul und Herat eingeschlagen sind.

Spiegel-Online: *Zwei verstorbene Postmitarbeiter hatten Milzbrand* (<http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,163992,00.html>)
Spiegel-Online: *Pentagon räumt Angriffe auf Wohngebiete ein* (<http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,164043,00.html>)

31.10.2001

US-Soldaten auf afghanischem Boden

US-Verteidigungsminister Donald Rumsfeld hat als erstes Regierungsmitglied bestätigt, dass sich US-Soldaten auf afghanischem Boden befinden. Die Soldaten halten nach Rumsfelds Worten unter anderem Kontakte zu den Oppositionsgruppen und geben Hinweise auf mögliche Ziele. Etwaige Kampfeinsätze erwähnte der Minister nicht.

Die US-Luftaufsichtsbehörde verhängt nach Warnungen vor neuen Terroranschlägen ein Flugverbot in der Nähe von Atomkraftwerken und über Teilen von New York.

Die Zahl der Milzbrand-Erkrankungen ist unterdessen weiter gestiegen. Bislang sind landesweit 16 Menschen an Milzbrand erkrankt, sieben von ihnen an Haut-Milzbrand. Drei der neun an dem gefährlicheren Lungen-Milzbrand Erkrankten sind bisher gestorben.

Spiegel-Online: *US-Soldaten auf Gebiet der Nordallianz* (<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,165265,00.html>)
Spiegel-Online: *Flugraum über Atomkraftwerken in den USA gesperrt* (<http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,165339,00.html>)

08.11.2001

Kabinett beschließt Entsendung deutscher Soldaten

Erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik sollen deutsche Soldaten außerhalb Europas an einem Kriegseinsatz teilnehmen. Das Bundeskabinett hat die Bereitstellung von 3900 deutschen Soldaten beschlossen. Welche Aufgaben die Einheiten im Kampf gegen den Terrorismus übernehmen sollen, ist zurzeit noch völlig unklar.

Ohne die klare Rückendeckung seiner Koalition hat Bundeskanzler Gerhard Schröder vom Bundestag die Bereitstellung deutscher Soldaten im Afghanistan-Krieg eingefordert. Nun sei die Zeit gekommen, der schon vom Bundestag erklärten uneingeschränkten Solidarität mit den USA Taten folgen zu lassen. Eindringlich warnte Außenminister Joschka Fischer vor einer Isolierung Deutschlands. Union und FDP stellten sich hinter den Kanzler, forderten aber Transparenz.

Spiegel-Online: *Schröder will grüne Skeptiker auf Kurs bringen* (<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,166802,00.html>)

13.11.2001

Nordallianz rückt in Kabul ein

Fünf Wochen nach Beginn der US-Luftangriffe ist es der Nordallianz gelungen, in der afghanischen Hauptstadt Kabul einzumarschieren. Nach dem Abzug der Taliban ist es zu ersten Plünderungen gekommen. Das berichtet die BBC.

US-Präsident George W. Bush hatte die Nordallianz aufgefordert, Kabul nicht einzunehmen, bevor nicht eine Übergangsregierung gebildet sei. Nordallianz-Sprecher Mohammed Abil erklärte, die Opposition plane vorerst keine Erstürmung der Hauptstadt. Kommandeure an der Front wollten dagegen vorrücken und die Stadt zurückerobern, die sie 1996 an die Taliban verloren hatten.

Unterdessen kamen in Afghanistan ein deutscher und zwei französische Journalisten ums Leben. Sie waren auf einem Schützenpanzer der Nordallianz unterwegs und gerieten am Sonntag in einen Hinterhalt der Taliban. Bei dem getöteten deutschen Journalisten handelt es sich um den 40-jährigen Volker Handloik, einen Reporter des Hamburger Magazins «Stern». Ein Augenzeuge sagte, die Gruppe sei zu einer Besichtigungstour bei der Provinzhauptstadt Talokan unterwegs gewesen, als sie plötzlich unter Feuer der Taliban geriet.

Die UN-Menschenrechtskommissarin Mary Robinson mahnte unterdessen Vorkehrungen zum Schutz der Zivilbevölkerung im Kampfgebiet an. Die militärische Strategie jedes Landes, das den Terrorismus bekämpft, muss zwei Grundsätze berücksichtigen. Die Aktion muss notwendig sein und jede Gefährdung unschuldiger Personen vermeiden, sagte Robinson am Montag in Neu-Delhi.

Die Vereinten Nationen begannen am Montag damit, in großem Umfang Hilfslieferungen nach Nordafghanistan zu senden. Am Rande der 56. UN-Vollversammlung in New York hieß es, Afghanistan stehe vor einer humanitären Katastrophe, von der fast ein Drittel der 20 Millionen Einwohner betroffen sein könnte. Die UN-Organisationen könnten nur noch das Ausmaß der Krise zu begrenzen versuchen.

Spiegel-Online: *Taliban geben Kabul auf* (<http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,167451,00.html>)

 Nach oben

15.11.2001

"Shelter-Now"-Mitarbeiter wieder frei

Nach mehr als drei Monaten Gefangenschaft in afghanischen Gefängnissen sind die acht westlichen Mitarbeiter der Hilfsorganisation "Shelter Now" aus der Gewalt der Taliban freigekommen. Das Rote Kreuz hatte vermittelt. Die vier Deutschen, zwei Amerikanerinnen und zwei Australier waren in der Nacht freigekommen und mit einem US-Militärhubschrauber nach Pakistan ausgeflogen worden. Die Helfer waren im August mit 16 afghanischen Kollegen von den Taliban-Machthabern in Kabul wegen angeblicher christlicher Missionierung festgenommen worden.

16.11.2001

Bundeskanzler Gerhard Schröder stellt Vertrauensfrage

Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) hat die Abstimmung im Bundestag über den Anti-Terror-Einsatz der Bundeswehr mit der Vertrauensfrage verknüpft. Bei der mit dem Bundeswehr-Einsatz in Afghanistan verknüpften Abstimmung bekam der Kanzler insgesamt 336 Ja-Stimmen, zwei mehr als erforderlich. Die Grünen hatten zuvor einen Kompromiss geschlossen, der Bundeskanzler Schröder die Mehrheit sicherte. Gegen Schröder stimmte geschlossen die Opposition: 326 Parlamentarier. 77 persönliche Erklärungen von SPD und Grünen wurden zur Bundeswehr-Entscheidung nachgereicht.

Bereitgestellt werden sollen im Anti-Terror-Einsatz der Bundeswehr :

1. ABC-Abwehrkräfte, Spürpanzer "Fuchs": etwa 800 Soldaten
2. Einheit zur Evakuierung von Verwundeten und Verletzten: 250 Soldaten
3. Spezialkräfte: 100 Soldaten
4. Lufttransportkräfte: 500 Soldaten
5. Seestreitkräfte zum Schutz von Schiffen mit gefährlichen Ladungen: 1800 Soldaten
6. etwa 450 Unterstützungskräfte

Spiegel-Online: *Schröder hat's geschafft* (<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,167964,00.html>)

Yahoo-Spezial: *Die Bundeswehr* (<http://de.news.yahoo.com/nachrichten/bundeswehr.html>)

21.11.2001

UN-Konferenz zur Zukunft Afghanistans soll in Deutschland stattfinden

Die UN-Konferenz zur Zukunft Afghanistans findet ab dem 26.11.2001 auf dem Petersberg bei Bonn statt. Das sagte ein Sprecher des Auswärtigen Amtes der dpa am Mittwochabend in Berlin. Auch Berlin war als Veranstaltungsort angedacht. Dies wurde aber vermutlich auch aus Sicherheitsgründen verworfen. An der Konferenz sollen bis auf die Taliban Repräsentanten möglichst vieler ethnischer Gruppen Afghanistans teilnehmen. Auch die Nordallianz will an der Konferenz teilnehmen.

Die amerikanische Luftwaffe setzt ihre Angriffe auf die letzten beiden Taliban-Stützpunkte Kundus und Kandahar fort. Derweil rücken die Taliban von Usama bin Ladin ab.

26.11.2001

USA setzen Bodentruppen ein

Nach zweiwöchiger Belagerung steht Kundus, die letzte Taliban-Bastion in Nordafghanistan, vor dem Zusammenbruch. Kämpfer der Anti-Taliban-Truppen rückten am Sonntag in die Stadt Kundus ein, nachdem sich ihnen mehrere tausend Taliban-Kämpfer ergeben hatten. Die USA haben bei Kandahar einen massiven Einsatz von Bodentruppen gestartet. US-Hubschrauber setzten mehrere hundert Spezialeinheiten auf dem Flugfeld der letzten Taliban-Stellung in Südafghanistan ab.

Die UN-Konferenz zur Zukunft Afghanistans soll jetzt am 27.11.2001 auf dem Petersberg bei Bonn beginnen. Die Konferenz soll mindestens 10 bis 14 Tage dauern. Die Teilnehmer sollen die Grundlagen für die Bildung einer breiten Übergangsregierung vereinbaren. Russland hat über eine Luftbrücke Hilfsgüter und technischer Ausrüstung nach Kabul gebracht. Wie aus russischen Militärquellen in Tadschikistan verlautete, landeten zwölf Militärtransporter vom Typ Iljuschin-76 auf dem Flughafen Bagram nahe der afghanischen Hauptstadt. Die Bundeswehr begann ebenfalls vom US-Militärflughafen Ramstein/Pfalz aus mit Unterstützungsflügen für die im Afghanistan-Krieg eingesetzten US-Soldaten.

Spiegel-Online: *US-Marines im Kampf um Kandahar* (<http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,169643,00.html>)

 Nach oben

Petersberger UN-Konferenz

27.11.2001

Eröffnung der UN-Konferenz zur Zukunft Afghanistans auf dem Petersberg

Die UN-Konferenz zur Zukunft Afghanistans findet ab dem 27.11.2001 auf dem Petersberg bei Bonn statt. An der Konferenz sollen - bis auf die Taliban - Repräsentanten möglichst vieler ethnischer Gruppen Afghanistans teilnehmen. Auch die Nordallianz will an der Konferenz teilnehmen.

In Bonn sollten sich die Verhandlungsteilnehmer aus vier verschiedenen Gruppen auf einen Rat mit 15 Vertretern einigen. Dieser Rat werde die Loja Dschirga (Große Versammlung) einberufen. Die Übergangsregierung solle Afghanistan dann durch eine etwa zweijährige Phase führen, in der eine neue Verfassung geschrieben werden solle. Der Weg zu freien Wahlen in Afghanistan wird nach Einschätzung des Außenministers der Nordallianz, Abdullah Abdullah, wohl einige Jahre dauern.

Mit einer eindringlichen Mahnung zu einem friedlichen Neuanfang hat Bundesaußenminister Joschka Fischer am Dienstag die Konferenz über die politische Zukunft Afghanistans eröffnet.

Spiegel-Online: *Fischer fordert Neuanfang für Afghanistan* (<http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,169838,00.html>)

UNO.de: *Afghanistan-Konferenz der Vereinten Nationen auf dem Petersberg bei Bonn* (<http://www.unric.org/index.php?lang=de>)

29.11.2001

Durchbruch bei Afghanistan-Konferenz

Die Nordallianz und die "Rom-Gruppe" haben sich auf der Afghanistan-Konferenz über die Sitzverteilung in einem Übergangsrat geeinigt. Über die einzelnen Abgeordneten wird jedoch noch gestritten.

Die afghanische Nordallianz will eventuell doch noch eine multinationale Friedenstruppe für Afghanistan akzeptieren. Das sagte der Außenminister der Allianz, Abdullah Abdullah

US-Kampfflugzeuge haben nach Angaben des amerikanischen Senders CNN schwere Angriffe auf die letzte Taliban-Bastion Kandahar geflogen

Spiegel-Online: *Das Wechselspiel der Nordallianz* (<http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,170147,00.html>)

05.12.2001

Afghanistan-Konferenz einigt sich auf Regierung

Die Afghanistan-Konferenz auf dem Petersberg hat in der Nacht zu Mittwoch den Weg frei gemacht für eine neue Regierung unter Beteiligung der wichtigsten Stämme und Volksgruppen des Landes nach dem Ende der Taliban-Herrschaft. Neuer Chef der Interimsregierung werde der Paschtunenführer Hamid Karsai, sagte UNO-Sprecher Ahmad Fawzi.

Die Interimsregierung soll zunächst für sechs Monate amtieren. Dann soll die traditionelle große Versammlung der Afghanen, die Loja Dschirga, eine Übergangsregierung für weitere 18 Monate bestellen. Parallel dazu wird eine Verfassung ausgearbeitet und das Justizwesen aufgebaut. Eine weitere Versammlung der Loja Dschirga soll die Verfassung beschließen. Dann soll gewählt werden.

US-Verteidigungsminister Donald Rumsfeld warf den Taliban vor, in Kandahar Zivilisten als lebende Schutzschilde missbrauchen, um sich so vor Angriffen zu schützen. Den USA lägen Berichte der Geheimdienste vor, wonach Taliban-Führer Mullah Mohammed Omar seinen Gefolgsleute den Kampf bis zum Tod befohlen habe. Dies mache einen Sturm auf Kandahar schwierig.

 Nach oben

07.12.2001

Taliban geben Kandahar auf

Zwei Monate nach Beginn der US-Militäraktion in Afghanistan geben die Taliban ihre letzte verbliebene Bastion Kandahar auf. Die Taliban-Kämpfer in der südafghanischen Stadt Kandahar haben mit der Abgabe ihrer Waffen begonnen. Dies ist Teil einer Kapitulationsvereinbarung, berichtete die in Islamabad ansässige afghanische Nachrichtenagentur AIP. Taliban-Führer Mullah Mohammed Omar und andere ranghohe Funktionäre der fundamentalistischen Miliz waren offenbar zuvor aus Kandahar geflohen.

Nach Medienberichten haben Anti-Taliban-Kämpfer in der ostafghanischen Bergfestung Tora Bora das Hauptlager von Terroristenchef Osama bin Laden gefunden. Von dem Top-Terroristen fehlt jede Spur.

Spiegel Online: "Schwarzer Staub"? (Tora Bora)

(<http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,171337,00.html>)

14.12.2001

Bin Laden Video

Vertreter der US-Regierung zeigten der Öffentlichkeit das Video, das die Urheberschaft Bin Ladens an den Terroranschlägen vom 11. September belegen soll. Am Mittwoch war das Band wegen technischer Probleme entgegen ursprünglicher Planungen nicht gezeigt worden.

Auf dem 40-minütigen Video, das US-Soldaten in einem Haus in Dschalalabad in die Hände gefallen war, brüstet sich der Al-Qaida-Chef im Gespräch mit einem Religionsführer mit den Anschlägen und lacht über die Entführer, von denen nach seinen Angaben einige den genauen Auftrag nicht kannten. "Die Brüder, die die Operation geleitet haben, wussten nur, dass es eine Märtyrermision war."

Spiegel-Online: Die Verhöhnung der Opfer (<http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,172431,00.html>)

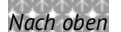
21.12.2001

UNO-Sicherheitsrat erteilt Mandat für Einsatz der Afghanistan-Schutztruppe

Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen hat am Donnerstag in New York die Resolution zur Entsendung einer multinationalen Schutztruppe für Afghanistan verabschiedet. Die 15 Mitglieder des Gremiums billigten die Resolution einstimmig. Die Schutztruppe soll auf der Basis der Petersberger Vereinbarungen zunächst für sechs Monate die afghanische Übergangsregierung bei der Gewährleistung der Sicherheit in der Hauptstadt Kabul und ihrer Umgebung unterstützen. Sie kann dabei zu ihrer eigenen Verteidigung und zum Schutz der Übergangsregierung und der Bevölkerung Waffengewalt anwenden.

Der Bundestag soll über den UN-Einsatz der Bundeswehr am Wochenende entscheiden.

Spiegel-Online: Uno macht Weg für Schutztruppe frei (<http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,174018,00.html>)

 Nach oben

Einsatz der Bundeswehr

22.12.2001

Bundestag stimmt für Afghanistan-Einsatz der Bundeswehr

Der Bundestag hat den Weg für einen Einsatz der Bundeswehr in der Afghanistan-Schutztruppe der UNO frei gemacht. In einer Sondersitzung des Bundestages stimmten 538 von 581 Abgeordneten für die Entsendung von maximal 1200 Soldaten im Rahmen einer Schutztruppe der Vereinten Nationen. 35 Parlamentarier stimmten dagegen, acht enthielten sich. Die rot-grüne Koalition erreichte mit 296 Ja-Stimmen eine eigene Mehrheit.

Zwei Wochen nach der Afghanistan-Konferenz auf dem Petersberg hat die afghanische Interimsregierung ihr Amt angetreten. Damit sind in Afghanistan die Weichen für eine friedlichere Zukunft gestellt worden. Er werde hart daran arbeiten, nationale Einheit und Frieden zu bringen, sagte Regierungschef Hamid Karsai bei seiner Vereidigung in Kabul. Weltweit wurde die Bildung der neuen Regierung begrüßt und Unterstützung zugesagt.

Spiegel-Online: Koalition schafft eigene Mehrheit (<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,174234,00.html>)

Spiegel-Online: Ab heute ist Afghanistan frei (<http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,174191,00.html>)

02.01.2002

Deutsches Erkundungsteam der Afghanistan-Schutztruppe in Kabul eingetroffen

Ein Erkundungsteam der internationalen Schutztruppe für Afghanistan ist in Kabul eingetroffen. Die Militärmaschine mit 20 bis 30 Soldaten aus 17 Ländern landete auf dem internationalen Flughafen der afghanischen Hauptstadt. Unter den Soldaten sind nach Angaben des Bundesverteidigungsministeriums auch neun Bundeswehr-Offiziere.

Die Bundeswehrsoldaten sollen die Grundlagen für den deutschen Einsatz im Rahmen der International Security Assistance Force (ISAF) legen. Das Erkundungskommando will unter anderem prüfen, unter welchen Bedingungen die Soldaten im Raum Kabul untergebracht und gepflegt werden können. Geklärt werden sollen auch die medizinische Versorgung und logistische Probleme. Der internationalen Schutztruppe für Afghanistan sollen 4500 Soldaten angehören.

Spiegel-Online: *Landung kurz vor dem Morgengrauen* (<http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,174953,00.html>)

08.01.2002

Bundeswehr-Vorauskommando nach Afghanistan gestartet

Die ersten 70 Bundeswehr-Soldaten sind zur Friedensmission nach Afghanistan abgeflogen. Bis zu 1.200 Bundeswehr-Soldaten werden im Rahmen der UN-Friedensmission ISAF nach Afghanistan entsandt. Das Mandat für sechs Monate läuft am 20. Juni aus. Die deutschen Soldaten werden in ein gemeinsames Kontingent mit niederländischen, dänischen und österreichischen Truppenteilen integriert. Mit von der Partie sind Fallschirmjäger, Infanteriesoldaten, Hubschrauberpiloten, Unterstützungseinheiten und Lufttransportkräfte. Zu ihren Aufgaben zählen laut der Vereinbarung vom Petersberg die Unterstützung der afghanischen Übergangsregierung beim Aufbau der Demokratie, der Aufbau afghanischer Sicherheitskräfte und der Schutz des UN-Personals. Einsatzort ist die Hauptstadt Kabul und Umgebung.

Spiegel-Online: *Bundeswehr-Mission gestartet* (<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,175906,00.html>)

 Nach oben

23.01.2002

Afghanistan- Geberkonferenz in Tokio

Zum Abschluss der Afghanistan- Geberkonferenz in Tokio sind dem kriegszerstörten Land weitere Hilfen in Milliardenhöhe zugesagt worden. Insgesamt belaufen sich die versprochenen Hilfgelder jetzt auf mehr als 4,5 Milliarden Dollar (5,1 Mrd. Euro). In ihrem Abschlussdokument bekräftigten die Geber, die Hilfe erfolge unter der Bedingung, dass alle Seiten in Afghanistan aktiv zu den in Bonn vereinbarten Zielen des Wiederaufbauprozesses und der Schaffung von Frieden und Stabilität beitragen. Der Chef der Übergangsregierung, Hamid Karsai, versicherte, man werde in enger Abstimmung mit der Gebergemeinschaft arbeiten.

Spiegel-Online: *4,5 Milliarden Dollar für den Wiederaufbau* (<http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,178325,00.html>)

24.02.2002

Deutschen Elitesoldaten sind in Afghanistan

100 deutsche Soldaten des Kommandos Spezialkräfte (KSK) sind gemeinsam mit britischen und US-amerikanischen Truppen in Afghanistan im Einsatz. Dies wurde von Verteidigungsminister Rudolf Scharping (SPD) erstmals in einem Interview mit der Bild-Zeitung bestätigt. Scharping wollte keine Angaben darüber machen, seit wann die deutschen Elitesoldaten bereits in Afghanistan sind. Derzeit suchten 80 bis 100 KSK-Soldaten gemeinsam mit US-Spezialeinheiten und der britischen Spezialtruppe Special Air Service (SAS) nach Verstecken des Terrornetzwerkes Al Qaida. Sie haben ihre Suche auf den Raum Kandahar im Süden Afghanistans beschränkt. Inzwischen sei diese aber auf andere Regionen des Landes ausgedehnt worden.

Spiegel-Online: *KSK-Trupps jagen Al Qaida*
(<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,184176,00.html>)

04.03.2002

Operation ANACONDA

Im Osten Afghanistan haben sich US-Truppen und ihre afghanischen Alliierten schwere Kämpfe mit Taliban- und Al-Qaida-Milizen geliefert. An den massiven Angriffen sind auch deutsche Soldaten beteiligt. US-Medien sprachen von der größten von den USA angeführten Bodenoffensive seit Beginn des Krieges. Acht US-Soldaten kamen beim Abschuss eines Hubschraubers und bei Bodengefechten ums Leben.

Spiegel-Online: *US-Armee erleidet stärkste Verluste seit Kriegsbeginn*
(<http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,185543,00.html>)

06.03.2002

Zwei deutsche und drei dänische Soldaten in Kabul getötet

Der Afghanistan-Einsatz der UN-Friedenstruppe hat erste Todesopfer unter den dort stationierten Bundeswehrsoldaten gefordert: Beim Versuch, zwei russische Flugabwehrraketen vom Typ SA-3 zu entschärfen, sind in Kabul zwei deutsche und drei dänische Soldaten ums Leben gekommen. Acht weitere Isaf-Soldaten wurden verletzt, drei von ihnen schwer. Eine Expertenkommission soll die Ursache des tödlichen Unfalls klären.

Spiegel-Online: *Bundeswehr Unfall* (<http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,186037,00.html>)

 Nach oben

12.04.2002

Terroranschlag auf Djerba

Bei der Explosion von Djerba kamen 19 Menschen (darunter 14 Deutsche) ums Leben oder starben später im Krankenhaus. Von den 43 deutschen Urlaubern blieben nur 13 unverletzt, 30 erlitten zum Teil schwerste Verbrennungen.

Ein Gas-Tanklastwagen war vor der Synagoge La Ghriba explodiert. Die Ghriba-Synagoge ist ein viel besuchtes Heiligtum der jüdischen Gemeinde Tunesiens und steht auf den Grundmauern einer der ältesten Synagogen Afrikas aus dem sechsten vorchristlichen Jahrhundert.

Nach Einschätzung der Bundesregierung handelt es sich um ein Attentat. "Nach den jetzt vorliegenden Erkenntnissen verdichten sich die Indizien, dass es sich um einen Anschlag und nicht um einen Unfall handelt", sagte Innenminister Otto Schily (SPD).

Ein ranghohes Mitglied des Terrornetzwerks Al Qaida hat vier Wochen später in einer arabischen Zeitung erklärt, seine Bewegung sei für den Anschlag auf die Synagoge auf der tunesischen Ferieninsel Djerba verantwortlich

11.06.2002

Große Ratsversammlung Loja Dschirga in Afghanistan

Mit einem Tag Verspätung hat in Afghanistan die Große Ratsversammlung zur Wahl einer neuen Regierung begonnen. Ex-König Mohammed Sahir Schah eröffnete die so genannte Loja Dschirga in Kabul. Er sprach sich für die Wahl des derzeitigen Chefs der Übergangsregierung, Hamid Karsai, aus: "Ich möchte erklären, dass wir ihn unterstützen."

Der bisherige Chef der afghanischen Übergangsregierung, Hamid Karsai, ist von der Loja Dschirga am 13.06. zum Präsidenten des Landes gewählt worden. Von den 1551 Delegierten bekam Karsai nach Angaben des Loja-Dschirga-Vorsitzes 1295 Stimmen.

Spiegel-Online: *Karzai zum Präsidenten gewählt* (<http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,200669,00.html>)

11.09.2002

Jahrestag der Anschläge vom 11. September

Begleitet von Mahnungen zur Entschlossenheit im Kampf gegen den Terrorismus ist in den USA und vielen anderen Ländern der Anschläge vom 11. September gedacht worden.

US-Präsident George W. Bush hat sich am Abend (Ortszeit) des Jahrestages der Anschläge vom 11. September in einer Fernsehansprache an die Nation gewandt. Hinter den Vereinigten Staaten liege ein Jahr der Schmerzen und der Trauer, sagte Bush. Die Amerikaner hätten sich an den Gedanken gewöhnen müssen, dass die USA "entschlossene Feinde haben und dass wir vor ihren Anschlägen nicht sicher sind".

Zugleich bekräftigte er seine Entschlossenheit, den Kampf gegen den internationalen Terrorismus zu gewinnen. "Wir werden nicht nachgeben, bis der Gerechtigkeit Genüge getan und unsere Nation sicher ist", so Bush. Vor seiner Ansprache hatte er die Orte der Terroranschläge in Washington, Pittsburgh und New York besucht.

In New York wurde mit einer zentralen Gedenkfeier Ground Zero, wo einst das World Trade Center stand, an die Opfer erinnert. Neben der Würdigung der Toten, der Feuerwehrleute und aller Helfer standen die Besinnung auf Grundwerte wie Freiheit und Toleranz im Mittelpunkt der Veranstaltung.

Erklärung von Präsident George W. Bush zum 11. September

Remarks by the President in Observance of September 11th (http://www.zeit.de/reden/weltpolitik/200238_bush)

tagesschau: *11. September: Das Jahr danach* (<http://www.tagesschau.de/ausland/meldung486936.html>)

 Nach oben

15.11.2002

Regierungsmehrheit für Enduring Freedom

Der Bundestag hat das Mandat für die Bundeswehr zur Beteiligung an der Operation Enduring Freedom um ein Jahr verlängert. Unerwartet viele Abgeordnete stimmten gegen den deutschen Militäreinsatz in Afghanistan, Kuwait und am Horn von Afrika. Aus der Koalition gab es offenbar nur zwei Gegenstimmen.

28.11.2002

Anschläge gegen israelische Ziele in Kenia

Auf ein israelisches Flugzeug in Kenia sind zwei Raketen abgefeuert worden. Gleichzeitig explodierte eine Bombe vor einem Hotel. Dabei wurden nach Angaben des kenianischen Botschafters in Israel mindestens 16 Menschen getötet und etwa 80 verletzt.

Nach Angaben der US-Behörden stammten die zwei Raketenwerfer, die nach dem Beschuss des israelischen Flugzeuges am Flughafen von Mombasa gefunden wurden, aus derselben Produktion wie ein Modell, das im Mai beim Angriff auf eine US-Militärmaschine in Saudi-Arabien verwendet wurde. Die gescheiterte Aktion wurde damals der Al Qaida zugerechnet.

18.02.2003

Weltweit erster Prozess um die Terroranschläge

Im weltweit ersten Prozess um die Terroranschläge vom 11. September 2001 hat das Hamburger Oberlandesgericht den 28 Jahre alten Mounir El Motassadeq zur Höchststrafe von 15 Jahren Haft verurteilt.

Die Hamburger Richter verurteilten ihn wegen der Beihilfe zum Mord an den 3066 durch die Flugzeugattaken am 11. September 2001 getöteten Menschen in New York, Washington und Pennsylvania.

Spiegel: *Motassadeq muss 15 Jahre ins Gefängnis* (<http://www.spiegel.de/panorama/0,1518,236755,00.html>)

03.03.2003

Bin-Laden-Stellvertreter in Pakistan festgenommen

Mit der Festnahme des Bin-Laden- Stellvertreters Chalid Scheich Mohammed in Pakistan ist Terrorfahndern der bisher größte Schlag gegen das Terrornetzwerk Al Qaida gelungen. Mohammed gilt nach Osama bin Laden und dem Ägypter Eiman el Zawahiri als Nummer Drei der Gruppe und als Hauptplaner der Terroranschläge vom 11. September. Er stand auf der US-Liste der 22 meist gesuchten Terroristen. Mohammed soll die Attentäter des 11. September bei den Vorbereitungen in Hamburg besucht haben. Er wird zudem mit allen Al Qaida-Anschlägen der vergangenen Jahre in Verbindung gebracht, darunter auch dem Angriff auf die Synagoge auf der tunesischen Ferieninsel Djerba.

20.03.2003

Neue Offensive in Afghanistan

Auf der Suche nach Terroristenchef Osama bin Laden hat die US-Armee im Süden Afghanistans eine Großoffensive begonnen. Etwa 1000 Soldaten sind im Einsatz.

Nach oben

LpB-Spezial: Krieg gegen den Irak



Foto: Sgt James McCauley of Enon, Ohio.
Lizenz: CC BY 2.0

Der Krieg gegen den Irak hat am 20. März begonnen. Rund anderthalb Stunden nach Ablauf des Ultimatums an den irakischen Machthaber Saddam Hussein, sein Land binnen 48 Stunden zu verlassen, haben die USA den Krieg gegen den Irak mit Luftangriffen auf Bagdad eröffnet.

Ohne Ergebnis durchsuchten UN-Waffeninspektoren den Irak monatelang aufgrund der UN-Resolution 1441 nach Massenvernichtungswaffen. Die Vereinigten Staaten versuchten nachzuweisen, dass der Irak weiterhin über verbotene B- und C-Waffen verfügt und Verbindung zur Terrororganisation Al Qaida hat.

Mit der Einnahme der Stadt Tikrit vier Wochen nach Beginn des Krieges, ist die heiße Phase der Kampfeinsätze vorbei, erste Schritte zur Bildung einer Übergangsregierung werden unternommen ...*mehr (Irak-krieg)*

Nach oben

Anschläge

13.05.2003

Selbstmordanschläge von Riad

Wie Augenzeugen und saudische Sicherheitskräfte berichteten, drangen die Attentäter in der Nacht zum 13.05. im Abstand von wenigen Minuten in drei von Ausländern bewohnte Wohnanlagen in verschiedenen Stadtvierteln ein, wobei sie auf bewaffnete Wächter schossen. Anschließend sprengten sie ihre Autos im Inneren der Wohnanlagen in die Luft.

Nach Angaben des saudiarabischen Innenministeriums wurden bei den Anschlägen neben sieben US-Bürgern auch sieben saudiarabische Staatsbürger, zwei jordanische Kinder, zwei Philippiner, ein Libanese und ein Schweizer getötet. 194 Menschen seien verletzt worden. Die Terrorbotschaft der Selbstmordattentäter von Riad ist deutlich. Mit ihrer minutiös geplanten Anschlagserie gegen ausländische Zivilisten wollen die Extremisten nach Einschätzung westlicher Beobachter vor allem eines sagen: Der US-Truppenrückzug aus Saudi-Arabien reicht uns nicht - wir kämpfen weiter gegen die USA und ihre Verbündeten.

FAZ.net: *Riad: 34 Menschen bei Selbstmordanschlägen getötet*

(<http://www.faz.net/s/RubA24ECD630CAE40E483841DB7D16F4211/Doc-E4B4AB04A3AE9497DA82EF52564D102E8-ATpl-Ecommon-Scontent.html>)

17.05.2003

Anschläge in Casablanca

Fünf Bomben sind in der Nacht in der marokkanischen Hafenstadt Casablanca detoniert. Die Sprengladung, die fast gleichzeitig von den Terroristen gegen 21.00 Uhr (Ortszeit) gezündet wurden, beschädigten ein Kulturzentrum, ein Gemeindehaus marokkanischer Juden, das belgische Konsulat, einem Luxus-Hotel und ein Restaurant.

Die Selbstmord-Attentäter von Casablanca gehörten nach Angaben der marokkanischen Ermittler zwei verbotenen islamistischen Gruppen an. Wie aus Polizeikreisen in Marokko verlautete, standen die Terrorgruppen mit dem internationalen Terror-Netz von Al Qaida in Verbindung. Insgesamt starben 41 Menschen, Rund 100 Menschen wurden nach Angaben der amtlichen Nachrichtagentur MAP verletzt.

07.06.2003

Anschlag auf Bundeswehrsoldaten in Kabul

Vier Soldaten der Bundeswehr sind am 7. Juni 2003 bei einem Terroranschlag auf einen Bus der internationalen Afghanistan-Schutztruppe ISAF in Kabul getötet worden. 29 weitere deutsche Soldaten seien bei dem Selbstmordattentat mit einer Autobombe verletzt worden,

einige von ihnen sehr schwer. Das teilte Bundesverteidigungsminister Peter Struck in Berlin mit. Ein mit Sprengstoff präpariertes Taxi sei neben dem mit 33 deutschen Soldaten besetzten Bus explodiert. Struck bezeichnete das Attentat als eine neue, schreckliche Dimension gegenüber den Anschlägen, die es bisher gab. Wer hinter dem Anschlag stehe, lasse sich allerdings noch nicht feststellen.

Nach oben

15.11.2003

Doppelanschlag auf Istanbuler Synagogen

Zwei Terroranschläge auf Synagogen in Istanbul haben mindestens 23 Menschen das Leben gekostet. Fast 280 wurden nach Polizeiangaben bei der fast zeitgleichen Explosion zweier Autobomben verletzt. Die Bomben explodierten gegen 10.00 Uhr (Ortszeit) während der morgendlichen Sabbat-Gebete vor der größten Istanbuler Synagoge Neve Shalom und der fünf Kilometer entfernten Beth-Israel-Synagoge. Bei den meisten Opfern handelte es sich um Anwohner. Die Neve-Shalom-Synagoge war bereits 1986 Ziel eines Angriffs, bei dem 22 Gläubige getötet und sechs weitere verletzt wurden. 1992 wurde die Synagoge von einem Bombenanschlag der Hisbollah-Organisation erschüttert. Die Attentate riefen weltweit Trauer und Entsetzen hervor. Zu ihnen bekannte sich laut der Nachrichtenagentur Anadolu die militante Gruppe Kampffront des Großen Islamischen Ostens (IBDA-C). Die Behörden vermuteten dem Fernsehsender CNN-Turk zufolge jedoch die Terrororganisation El Kaida hinter den Taten.

sueddeutsche.de: *Al-Qaida bekennt sich angeblich zu Anschlägen* (<http://www.sueddeutsche.de/politik/472/358298/text/>)

20.11.2003

Erneut Anschläge in Istanbul

Fünf Tage nach den Anschlägen auf zwei Synagogen in Istanbul ist die Stadt am Bosphorus erneut von zwei Selbstmordattentaten erschüttert worden. Mindestens 27 Menschen wurden getötet und 450 verletzt, als am Morgen vor dem britischen Konsulat und einer britischen Bank Autobomben in die Luft gingen, Bei der Explosion vor dem britischen Konsulat im Viertel Beyoglu kamen 14 Menschen ums Leben, Unter den Toten war auch der Generalkonsul Roger Short. Die britische Großbank HSBC im Geschäftsviertel Levent wurde laut Anadolu von zwei Explosionen erschüttert. Teile der Fassade des Hochhauses wurden durch die Wucht der Detonationen zerstört.

tagesschau: *Terror in der Türkei* (<http://www.tagesschau.de/ausland/meldung254142.html>)

04.01.2004

Verfassung für Afghanistan

Nach drei Verhandlungswochen haben sich die afghanischen Delegierten auf eine demokratische Verfassung für ihr Land geeinigt. Die Große Ratsversammlung - Loja Dschirga - machte damit zwei Jahre nach dem Sturz der Taliban den Weg für allgemeine Wahlen frei. Die neue Verfassung gibt dem Präsidenten die von ihm gewünschte starke Stellung. Bisher ist Präsident Hamid Karsais Macht auf den Großraum der Hauptstadt Kabul beschränkt, während die Entscheidungsgewalt in den Provinzen bei den Führern ethnischer Gruppen liegt. Danach ist Afghanistan eine «Islamische Republik». Anhängern anderer Religionen wird aber das Recht auf Ausübung ihres Glaubens zugestanden. Auch die Forderung von Menschenrechtsgruppen nach einer Anerkennung der gleichen Rechte von Mann und Frau wurden mit aufgenommen und das Parlament gestärkt.

Spiegel: *Loja Dschirga einigt sich auf neue Verfassung* (<http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,280509,00.html>)

Nach oben

11.03.2004

Anschläge von Madrid

200 Tote und über 1500 Verletzte waren das Ergebnis der blutigsten Terroranschläge, die Spanien und damit Europa bisher ereilten. Insgesamt waren im morgendlichen Berufsverkehr im Abstand von wenigen Minuten zwischen 7.35 und 7.55 Uhr zehn Bomben in vier Pendlerzügen explodiert, die auf dem Weg in die spanische Hauptstadt waren. Drei weitere, in Reisetaschen versteckte Sprengsätze wurden entdeckt und kontrolliert gesprengt.

Die Anschläge waren sorgfältig geplant: drei Tage später fanden die Parlamentswahlen statt, die dann unerwartet von der Sozialistischen Arbeiterpartei (PSOE) gewonnen wurden

Nachdem die spanische Regierung zuerst ausschließlich die Terrororganisation ETA verdächtigt hatte, schließt sie auch islamistische Terroristen als Täter nicht mehr aus.

Unmittelbar nach seinem Wahlsieg hat der Chef der spanischen Sozialisten, José Luís Rodríguez Zapatero, einen Abzug der Soldaten seines Landes aus Irak angekündigt und damit einen Kurswechsel in der Außenpolitik signalisiert. In Spanien wurde die Teilnahme am Irak-Krieg von großen Teilen der Bevölkerung abgelehnt.

9.10.2004

Historische Präsidentschaftswahl in Afghanistan

Knapp drei Jahre nach dem Sturz der radikalislamischen Taliban fand am 9.10.2004 die erste freie Präsidentschaftswahl in der Geschichte Afghanistans statt. Der von den USA gestützte Übergangspräsident Hamid Karsai trat gegen 17 Herausforderer an, darunter eine Frau. Die Taliban haben Kandidaten und Wähler mit dem Tode bedroht. Trotzdem wurden mehr als 10,5 Millionen Wahlausweise beantragt und ausgegeben. Das übersteigt die Zahl der von den Vereinten Nationen geschätzten Wahlberechtigten, was Spekulationen über Mehrfach-Registrierungen Auftrieb gab.

Trotz Protesten und massiven Unregelmäßigkeiten wurde die Wahl nicht abgebrochen. Die Herausforderer von Übergangspräsident Hamid Karsai hatten zuvor gefordert, die Wahl wegen Unregelmäßigkeiten zu stoppen. In zahlreichen Wahllokalen war die Tinte, mit der die Daumen von Wählern bei der Stimmabgabe markiert werden sollte, leicht zu entfernen. Die Tinte sollte die Daumen der Wähler kennzeichnen, um Mehrfach-Stimmabgaben zu verhindern. Nach Ansicht von unabhängigen Wahlbeobachtern war die Wahl überwiegend frei und fair abgelaufen. Die Gegenkandidaten von Übergangspräsident Hamid Karsai rückten inzwischen von ihrer Forderung nach einer Wahlwiederholung ab.

Hamid Karsai nannte die Wahl in seinem Land einen "Sieg über den Terrorismus". Nur vereinzelt war es zu gewaltsamen Zwischenfällen gekommen. Bundeskanzler Gerhard Schröder sieht in den afghanischen Präsidentschaftswahlen einen großen Erfolg. Er halte die Wahlen für einen "historischen Durchbruch".

Mit 55,4 Prozent der Stimmen ist Hamid Karsai Sieger der Präsidentschaftswahl in Afghanistan. Gut drei Wochen nach der Wahl verkündete die Wahlkommission das offizielle Ergebnis.

Nach oben

7. Juli 2005

Terroranschläge in London



Terror in London Eine Serie von Anschlägen hat am 7. Juli 2005 London erschüttert. Laut Scotland Yard gab es drei Explosionen in der U-Bahn und eine in einem Bus. Mehr als 50 Menschen wurden getötet, die Rettungsdienste sprachen von über 700 Verletzten. Zunächst wurde um 08.49 Uhr die U-Bahn an der Aldgate East Station im Londoner Finanzzentrum von einer Explosion erschüttert. Die Bahnpolizei meldete eine zweite Explosion an der Station Edgware Road im Westen Londons. Das U-Bahnnetz wurde stillgelegt, Bahnhöfe wurden evakuiert. Ein Doppeldecker-Bus explodierte auf dem Tavistock Square im Zentrum der Stadt. Das obere Geschoss wurde dabei

komplett abgerissen. Die drei Bomben in der Londoner U-Bahn sind am Donnerstagmorgen nahezu gleichzeitig explodiert. Das geht aus den jüngsten Auswertungen der Zeitabläufe hervor, teilte die Londoner Polizei mit. Diese Gleichzeitigkeit erinnert an die Anschläge von Madrid vom März 2004, wo Bomben in Vorortzügen hochgingen.

Der Plan zur völligen Lahmlegung einer Metropole war systematisch ausgeklügelt. Die Terroristen wählten die Angriffsziele im Londoner U-Bahn-Netz offenbar so aus, dass sie ein maximales

"Es ist klar, dass es eine Terroristen-Attacke ist, mit dem Ziel, den G8-Gipfel zu stören. Es ist barbarisch, was hier passiert ist", sagte Premierminister Tony Blair in einer ersten Stellungnahme vom G8-Gipfel im schottischen Gleneagles. Die Terroristen würden jedoch erkennen, "dass unsere Entschlossenheit, unsere Werte und unsere Lebensweise zu verteidigen, größer ist als ihre Entschlossenheit, Tod und Zerstörung zu verursachen." US-Präsident George W. Bush unterstrich den Willen der Gipfelteilnehmer, sich nicht von Terroristen im Ringen um "eine bessere und humanere Welt abbringen zu lassen".

Die britische Regierung hatte bestätigt, dass die Anschläge von London von Selbstmordattentätern verübt wurden. Nur fünf Tage nach den tödlichen Bombenanschlägen von London gab Scotland Yard der Öffentlichkeit überraschend die erfolgreiche Aufklärung der Attentate bekannt. Offensichtlich hat Scotland Yard alle vier Selbstmordattentäter im Zuge einer akribischen kriminaltechnischen Untersuchung identifizieren können. Auf die Identität der Täter kam Scotland Yard durch die Überwachungskameras, die zu Tausenden überall in der britischen Metropole angebracht sind.

Ausschlaggebend war zunächst der Anruf einer Familie, die ihren Sohn nach den Anschlägen als vermisst gemeldet hatte. Dieser Mann fand sich dann auf den Aufnahmen einer an dem Bahnhof installierten Überwachungskamera wieder - gemeinsam mit drei weiteren Männern. Sie waren gemeinsam aus Leeds angereist, von wo drei von ihnen stammten. In jedem der Züge und eben auch in dem Bus fanden die Kriminaltechniker dann Papiere und Gegenstände, mit denen sie über weitere Ermittlungen am Dienstag schließlich die Terroristen ermitteln konnten. Bei den mutmaßlichen Attentätern handelt es sich nach Berichten um vier Briten mit pakistanischen Wurzeln.

Das Ziel der Terroristen ist klar: Durch Angst und Schrecken wollen sie einen Keil zwischen die Regierung - insbesondere deren Irak-Politik - und der Bevölkerung treiben. Der zweite Terrorakt sollte zeigen, dass zu jedem beliebigen Zeitpunkt an jedem beliebigen Ort weitere Anschläge möglich sind.

Der gebürtige Somalier Omar (24) war der Polizei am 27. Juli ins Netz gegangen. Muktar Said Ibrahim (27) und Ramsi Mohammed (23) wurden am 29. Juli gefasst. Jetzt sucht die britische Polizei nach Hintermännern für die Selbstmordanschläge von London.

FAZ: *Terror in London*

(<http://www.faz.net/s/RubDDBDABB9457A437BAA85A49C26FB23A0/Doc-EA21DF6BFDAC8436BB982A817938EEA16~ATpl-Ecommon~Spezial.htm>)

stern: *Terroranschläge in London* (<http://www.stern.de/politik/ausland/Ausland-Terroranschlag-E4ge-London/542762.html>)

tagesschau: *Terror in London* (<http://www.tagesschau.de/ausland/meldung109344.html>)

ZDFheute: *Terrorserie erschüttert London* (<http://www.tagesschau.de/ausland/meldung109344.html>)

Nach oben

Linksammlung

Bundeszentrale für politische Bildung:

Kommentierte Links zu den Anschlägen auf die USA (http://www.bpb.de/wissen/EMH9Q8,,0,Linkliste_zum_11_9_2001.html)

Institutionen

NATO: *NATO and the Scourge of Terrorism (<http://www.nato.int/issues/terrorism/index.html>)*

US Department of Defense (<http://www.defenselink.mil/>)

Federal Bureau of Investigation (FBI) (<http://www.fbi.gov/>)

Central Intelligence Agency (CIA) (<https://www.cia.gov/>)

United Nations: Combating terrorism - UN system responds to threat (<http://www.un.org/apps/news/infocusRel.asp?infocusID=8&Body=terror>)

Deutschland - Debatte über die Innere Sicherheit

Die Terroranschläge in den USA haben zu einer Debatte über die Innere Sicherheit in Deutschland geführt. Aus den Parteien kommen zahlreiche Vorschläge, wie sich die Bundesrepublik vor Extremisten schützen könnte.

Das neue Anti-Terror-Programm soll drei Milliarden Mark kosten und durch eine Erhöhung der Tabak- sowie der Versicherungssteuer ab Januar 2002 finanziert werden.

In das Strafgesetzbuch will die Bundesregierung einen neuen Anti-Terrorismus-Paragrafen 129b einfügen. Er stellt Gründung, Mitgliedschaft und Unterstützung von internationalen terroristischen Vereinigungen sowie das Werben für solche Gruppen unter Strafe. Außerdem hat das Bundeskabinett beschlossen, das "Religionsprivileg" des Vereinsgesetzes zu streichen. Diese Bestimmung macht es bisher unmöglich, Kirchen und Religionsgemeinschaften zu verbieten, selbst wenn sie von Extremisten gesteuert oder maßgeblich bestimmt werden.

Nach einer neuen Rechtsverordnung des Bundesverkehrsministeriums wird das Personal auf den Flughäfen in Zukunft intensiver überprüft. Dazu können auch Erkenntnisse des Bundesnachrichtendienstes, des Militärischen Abschirmdienstes und des Verfassungsschutzes benutzt werden. Vorgesehen sind auch schärfere Kontrollen des Gepäcks und der Fluggäste. Unter bestimmten Umständen sollen künftig bewaffnete BGS-Beamte (Skymarshals) in Passagiermaschinen mitreisen.

Mit der bundesweiten Ausdehnung der Computer-Rasterfahndung wollen die Ermittlungsbehörden bislang unentdeckte Verbindungen im internationalen Terrorismus aufdecken.

SPD und Grüne haben sich auf das Sicherheitspaket II geeinigt. Der Gesetzentwurf soll am 7. November vom Bundeskabinett beschlossen werden. Das neue Gesetz schafft die Grundlage, dass künftig biometrische Daten wie Fingerabdrücke, Handform oder die Gestalt der Augenirris in Ausweisen aufgenommen werden können. Das Bundesamt für Verfassungsschutz soll künftig von Banken, Luftfahrtunternehmen und Postdienstleistern Kundendaten anfordern dürfen. Der Bundesnachrichtendienst soll künftig auch stärker im Inland ermitteln dürfen. Die Regelungen werden zunächst auf fünf Jahre begrenzt. Ausländern soll das Aufenthaltsrecht entzogen werden, wenn sie etwa die freiheitlich-demokratische Grundordnung Deutschlands gefährden.

Eckpunkte des zweiten Anti-Terrorpakets (<http://hp.kairaven.de/law/atp2misc.html>)

Spiegel-Online Serie Innere Sicherheit

Was wird aus dem Bankgeheimnis? (<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,160751,00.html>)

Eichel will Zentralregister für Konten (<http://www.spiegel.de/wirtschaft/0,1518,160776,00.html>)

Mit Rasterfahndung gegen Terroristen (<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,160162,00.html>)

Was bringt die Rasterfahndung? (<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,160482,00.html>)

Schützt Schilys neues Ausländerrecht vor dem Terror? (<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,161714,00.html>)

Afghanistan:

Amnesty International: Jahresbericht 2001 Afghanistan (<http://www.amnesty.de/?Open&Highlight=2,taliban>)

Spiegel-Online: Frauen in Afghanistan (<http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,166368,00.html>)

Yahoo Linkliste Afghanistan (http://de.dir.yahoo.com/Staette_und_Laender/Laender/Afghanistan/Landesinformationen/)

Nordallianz

Seit fünf Jahren kämpft die Nordallianz, offiziell „Nationale Islamische Vereinigte Front zur Rettung Afghanistans“, gegen das Taliban-Regime und findet sich nach den Attentaten in New York plötzlich als Verbündeter der Vereinigten Staaten wieder. Die Nordallianz ist eine ungleiche Ansammlung von Kriegsherren und Mudschahedinführern. Sie blicken auf eine lange Geschichte der Gewalt, des Misstrauens und wechselnder Bündnisse zurück. Interne Streitereien und ihr Kampf um die Vorherrschaft in Afghanistan haben mehrere tausend Opfer unter der Zivilbevölkerung gefordert. So wurde die Hauptstadt Kabul nicht etwa von den sowjetischen Besatzern, sondern von rivalisierenden Mudschahedinführern in Schutt und Asche gelegt. Ihnen werden Massaker, Menschenrechtsverletzungen und Massenvergewaltigungen zur Last gelegt.

Taliban:

Die Taliban sind mehrheitlich geflohene Paschtunen, die in pakistanischen Koranschulen ausgebildet wurden. Sie legen die Scharia, die islamische Rechts- und Lebensanleitung, rigoros aus. Seit Mitte der achtziger Jahre ist Afghanistan fest in der Hand der Taliban. Im Namen der Scharia wurde das gesamte Land ins Mittelalter zurückgeworfen.

Spiegel-Online: Die Taliban (<http://wissen.spiegel.de/wissen/static/laenderlexikon.html#0,1518,152891,00.html>)

Osama bin Laden:



Foto: Abdul Rahman bin Laden. Lizenz: CC BY-SA 3.0

Das internationale Terrornetz Al Quida (Die Basis) wurde ursprünglich 1989 zur Bekämpfung der sowjetischen Truppen in Afghanistan gegründet. Diese radikal-islamische Organisation, die ihre Wurzeln im Wahhabitismus hat, will ein wahhabitische Kalifat in der islamischen Welt errichten. Deswegen versucht sie alle in ihren Augen nicht-islamischen Einflüsse (wazu auch der nicht-wahhabitische Islam gezählt wird) aus islamischen Ländern zu verdrängen. Die Organisation ist aller Wahrscheinlichkeit nach die Urheberin der Terroranschläge am 11. September 2001 in den USA, sowie die Anschläge auf die US-Botschaften in Kenia und Tansania (1998) und auf die Synagoge der Insel Djerba (2002). Al-Qaida ist keine fest umrissene Organisation, sondern ein internationales Geflecht verschiedener Terrorgruppen. Persönliche Kontakte zwischen den Mitgliedern der einzelnen Zellen sind ausschlaggebend für den Informationsfluss. Angeführt wird die Gruppe vermutlich noch immer von dem Saudi Osama bin Laden. In Afghanistan bestand eine Infrastruktur, in der Mitglieder der Gruppe systematisch auf die Durchführung von Terrorangriffen ausgebildet wurden.

Wikipedia: *Osama bin Laden* (http://de.wikipedia.org/wiki/Osama_bin_Laden)

welt.de: *Was treibt Osama bin Laden an?* (http://www.welt.de/politik/article1336388/Was_treibt_Osama_bin_Laden_an.html)

Unterricht-Links

lehrer-online.de: *Geschichte des Islams* (<http://www.lehrer-online.de/islam-geschichte.php>)

lehrer-online.de: *Bundeswehr nach Afghanistan* (<http://www.lehrer-online.de/bundeswehreinsatz.php?sid=23464836702897424924878577857450>)

Materialien

Landeszentrale für politische Bildung

Islam und Globalisierung (http://www.buergerimstaat.de/2_3_03/islam.htm) - Heft 2/3 2003 er Zeitschriftenreihe "Der Bürger im Staat" (PDF, 1,7 MB)

Islam in Deutschland (http://www.buergerimstaat.de/4_01/islam.htm) - Heft 4/2001 der Zeitschriftenreihe "Der Bürger im Staat" (PDF, 3,1 MB)

Die Türkei vor den Toren Europas (http://www.buergerimstaat.de/1_00/tuerkei.htm) - Heft 1/2000 der Zeitschriftenreihe "Der Bürger im Staat" (komplett online)

Der Vordere Orient an der Schwelle zum 21. Jahrhundert (http://www.buergerimstaat.de/3_98/bis983a.htm) - Heft 3/1998 der Zeitschriftenreihe "Der Bürger im Staat" (komplett online)

Türken bei uns (http://www.politikunterricht.de/3_00/tuerken.htm) - Heft 3/2000 der Zeitschriftenreihe "Politik & Unterricht" (komplett online)

Bundeszentrale für politische Bildung

Terror und Rechtsstaat (http://www.bpb.de/publikationen/PXON80,,0,Terror_und_Rechtsstaat.html) - Themenblätter im Unterricht Herbst/Winter 2001 Nr. 13 (PDF 600 KB)

Autor: Dr. Karlheinz Dürr, LpB-BW

Krieg oder Frieden? (http://www.bpb.de/publikationen/NZGUZ4,,0,Krieg_oder_Frieden.html) - Themenblätter im Unterricht Herbst/Winter 2001 Nr. 12 (PDF 1 MB)

Autor: Uli Jäger, Verein für Friedenspädagogik Tübingen e.V

Sonstiges

here is new york: *Die Demokratie der Bilder* (<http://hereisnewyork.org/>)



Fotoausstellung zum 11. September 2001

Die Fotoausstellung here is new york - a democracy of photographs entstand wenige Tage nach dem 11. September 2001 mit dem Ziel, die Geschehnisse von New York und Washington begreifbar zu machen, zu dokumentieren und unterschiedlichste Perspektiven darzustellen.

Die Bundeszentrale für politische Bildung präsentiert 500 der mehr als 7.000 Fotografien der international beachteten und hoch gelobten New Yorker Ausstellung. Erster Ort ist Berlin im Juli, im September folgen Dresden, Düsseldorf und Stuttgart.

Hilfe für Flüchtlinge aus Afghanistan

Folgende Organisationen haben zu Spenden aufgerufen. Überweisungsvordrucke liegen bei Banken und Sparkassen bereit. Bitte verwenden Sie das Stichwort "Afghanistan", falls nicht ausdrücklich ein anderes Stichwort angegeben ist.

UNICEF

Bank für Sozialwirtschaft

BLZ: 370 205 00

Kto: 300.000
Stichwort: Flüchtlingshilfe Afghanistan
Caritas international
Postbank Karlsruhe
BLZ: 660 100 75
Kto: 202 753
Stichwort: Flüchtlingshilfe Afghanistan
CARE Deutschland
Sparkasse Bonn
BLZ: 380 500 00
Kto: 44 040
Deutsches Rotes Kreuz
Deutsche Bank Bonn
BLZ: 380 700 59
Kto: 41 41 41
Stichwort: Flüchtlingshilfe Afghanistan

Nach oben

Islam:



LpB: Heft 2/3 2003 der Zeitschriftenreihe "Der Bürger im Staat":

Islam und Globalisierung

Die Beiträge in diesem Heft weisen auf die Dringlichkeit des Dialogs zwischen dem so genannten "Westen" und der islamischen Welt hin. Nur wenn es gelingt, in diesem Dialog den Anschluss des islamischen Welt an die Moderne auch aus ihrer eigenen Tradition zu begründen, wird eine friedliche Koexistenz möglich. ...mehr
(http://www.buergerimstaat.de/2_3_03/islam.htm)



LpB: Heft 4 - 2001 der Zeitschriftenreihe "Der Bürger im Staat"

Islam in Deutschland

Das Interesse für den Islam bei uns so hoch wie nie zuvor. Wir müssen feststellen, wie wenig wir über die Religion des Islam wissen, über seine Lehren und seine Entwicklung, seine verschiedenen Richtungen, die Organisationsformen, die sich deutlich von den christlichen Kirchen unterscheiden, speziell auch über die Gruppen und Gruppierungen bei uns, von denen wir nur selten wissen, wie sie einzustufen, wie zu bewerten sind....mehr (http://www.buergerimstaat.de/4_01/islam.htm)

(http://www.buergerimstaat.de/4_01/islam.htm)

Materialien zur Religionswissenschaft Islam (Alois Payer) (<http://www.payer.de/islam/islam.htm>)

Der Religionswissenschaftler Alois Payer informiert kurz, kompetent und illustriert über folgende Themen: "Ausbreitung des Islam", "Begriff Islam", "Die fünf Grundpfeiler der Islam", "Regeln für soziales Verhalten", "Spaltungen: Schiiten und Sunniten".

Nach oben

AKTUELL INFORMIERT
www.politische-bildung.de

POLITISCHE BILDUNG

Folgen Sie uns auf



(<https://www.facebook.com/lpb.bw.de>)



(<https://twitter.com/lpbw>)



(<https://www.instagram.com/lpb.bw>)



